

Niederschrift

zur 8. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 27.09.2007, 18.30 Uhr, im Ferdinand-Reidel-Saal des Paul-Gerhardt-Hauses, Turmgasse 23 in Leimen

- öffentlich -

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 21.50 Uhr

Anwesend: Oberbürgermeister Ernst
Erster Bürgermeister Sauerzapf

Von den Stadträten: Dr. Anselmann, Peter
Appel, Hans
Appel-Schlund, Gabriele
Bader, Richard
Balzer, Brigitte
Felden, Claudia
Frühwirt, Ralf
Gruher, Monika
Hellinger, Horst
Hörnberg, Ingrid
Jäkel, Siegwald
Janscho, Anke
Jundt, Günter
Kalischko, Kai-Uwe
Kohr, Hans-Jürgen
Kraft, Hans-Georg
Krauth, Wolfgang
Dr. Lohneis, Martin
Miltner, Bernhard
Mühlböck, Hans-Jürgen
Rajki, Laszlo
Reinig, Michael
Rückemann, Gerhard ab 19.10 Uhr
Dr. Sandner, Peter
Schleicher, Ilse
Stern, Wolfgang ab 18.40 Uhr
Sterzenbach, Dieter
Unverfehrt, Dietrich
Wagner, Karl-Heinz
Woesch, Rudolf

Entschuldigt: Agena, Dirk Urlaub
Stather, Alfred beruflich verhindert

Von der Verwaltung:

- 06 Stadtoberverwaltungsrat Sauerzapf
- 1 Stadtverwaltungsrat Börgerding
- 1.2 Stadtamtsrat Berggold
- 2 Angestellter Lange, W.-D.
- 3 Stadtoberverwaltungsrat Stamm
- 6 Stadtoberamtsrat Schwarz
- 8 Angestellter Kuhn
- 14 Stadtamtsrat Heinzmann

Stadtamtmann Ullrich
Protokollführer

T A G E S O R D N U N G

zur 8. Sitzung des Gemeinderates der Stadt Leimen am Donnerstag, dem 27.09.2007, 18.30 Uhr, im Ferdinand-Reidel-Saal des Paul-Gerhardt-Hauses, Turmgasse 23 in Leimen

- öffentlich -

- | | | |
|------------|---|---------|
| 1. | Fragestunde | |
| 2. | Protokolle
Protokollbeurkundung
Benennung von Urkundspersonen | |
| 3. | Gemeinderat
Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung | 68/2007 |
| 4. | Zuwendungen
Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO | 69/2007 |
| 5. | Gemeinderat
Ausscheiden von Stadtrat Hans-Jürgen Kohr | 70/2007 |
| 6. | Gremien
Neubesetzung Beirat Gauangelloch | 71/2007 |
| 7. | Feuerwehr
Beschaffung eines Fahrzeugs für FFW St. Ilgen | 72/2007 |
| 8. | Feuerwehr
Verleihung einer Ehrenmitgliedschaft | 73/2007 |
| 9. | Geschwindigkeitsmessungen
Ausschreibung | 74/2007 |
| 10. | Wahl des Oberbürgermeisters
Festlegung des Wahltermins | 75/2007 |
| 11. | Baumaßnahmen
Erweiterung der Friedhofskapelle St. Ilgen | 76/2007 |
| 12. | Bebauungspläne Leimen - Lingental
Kastanienbuckel, 3. Änderung | 77/2007 |
| | <ul style="list-style-type: none"> • Ergebnis der Offenlage • Satzungsbeschluss | |

- 13. Bebauungspläne Leimen – St. Ilgen** 78/2007
Fasanerie I, Änderung und Erweiterung
- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
 - Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
 - Auslegungsbeschluss
- 14. Ortsrecht - Antrag einer Fraktion** 79/2007
Abschaffung der Unechten Teilortswahl
- 15. Haushalt** 80/2007
Haushaltsentwurf 2008
- 16. Verschiedenes**

Oberbürgermeister Ernst

begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gremiums sowie die Damen und Herren im Zuhörerraum. Er stellt fest, dass die Tagesordnung rechtzeitig zugegangen und das Gremium beschlussfähig ist. Er fragt nach Einwänden gegen die Tagesordnung.

Stadtrat Appel

bittet darum, den Tagesordnungspunkt 5 nach dem Tagesordnungspunkt 15 zu behandeln.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

1. Fragestunde

Herr Peter Stadtherr

erkundigt sich nach Terminen des Nachbarschaftsverbandes für eine öffentliche Diskussion über die JVA in St. Ilgen. Ebenso erkundigt er sich nach dem Sachstand zur Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes.

Erster Bürgermeister Sauerzapf

antwortet, dass derzeit noch Verhandlungen zwischen dem Land und dem Nachbarschaftsverband zu diesem Thema geführt werden, die Haltung des Verbandes dazu sei eindeutig ablehnend. Die Antwort des Landes hierzu stehe zwar noch aus, allerdings müsse man nun den Bedarf nachweisen, was kaum möglich sei. Die zahlreichen Interventionen gegen die JVA von allen Seiten seien erfolgreich gewesen, eine öffentliche Diskussion daher nicht erforderlich.

Bei der Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes sei man bei der westlichen Seite auf Sandhausen angewiesen. Die Finanzierung sei von Seiten Leimens aus gesichert, man habe eine ½ Mio. € in den Haushalt eingestellt. Allerdings müssten 85% der Landeskosten vorfinanziert werden. Für die Wendemöglichkeit der Busse werde in den nächsten Wochen die Ausschreibung erfolgen, die Planungen seien mittlerweile abgeschlossen, wobei allerdings die Beteiligung von Nußloch fraglich sei.

Stadtrat Stern nimmt ab 18.40 Uhr an der Sitzung teil.

Oberbürgermeister Ernst

ergänzt, dass auch die Ostseite in der Verkehrskommission behandelt worden sei. Auch hier seien die Vorbereitungen abgeschlossen, die Ausschreibung werde in Kürze erfolgen.

Ein Bürger

erkundigt sich nach dem Stand der Verkehrsberuhigung in der Waid-Hessel-Straße. Der Umbau sollte im Herbst beginnen, bis jetzt sei jedoch nur eine Beschilderung angebracht worden. Er möchte wissen, wann mit den eigentlichen Arbeiten begonnen wird.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass das Ausschreibungsergebnis jetzt vorliege.

Herr Joachim Buchholz

möchte wissen, warum sein Pressebericht über das öffentliche Gelöbnis nicht in der Rathaus-Rundschau abgedruckt worden sei. Er sieht darin eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Parteien und möchte wissen, ob der Oberbürgermeister über die Ablehnung informiert war.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass er informiert wurde und verweist auf das vom Gemeinderat beschlossene Redaktionsstatut. Der darin geforderte lokale Bezug habe bei dem Beitrag gefehlt. Auch sei das Amtsblatt keine Zeitung im presserechtlichen Sinn, einen Anspruch auf Abdruck der eingesandten Beiträge gebe es nicht.

Frau Eva Werner

berichtet vom vorhandenen Bedarf der Ganztagesbetreuung von Kindergartenkindern im Alter von 3 bis 6 Jahren. Hierzu liege ein Konzept des Elisabeth-Ding-Kindergartens vor, dem auch der evangelische Kirchengemeinderat zugestimmt habe. Sie möchte wissen, warum von Seiten der Stadt noch nicht reagiert worden sei.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass er mit Pfarrer Löffler demnächst einen Termin zu diesem Thema habe. Eine entsprechende Anfrage von Seiten der Kirche sei erst im August bei der Verwaltung eingegangen.

Herr John Ellenbogen

möchte dem Gemeinderat eine vertrauliche Angelegenheit vortragen, die die Sicherheit von Personen betreffe.

Oberbürgermeister Ernst

verweist darauf, dass die Fragestunde öffentlich sei und man daher die anderen Anwesenden nicht des Saales verweisen könne. Eine Frage in nichtöffentlicher Sitzung sei allenfalls nach einem entsprechenden Beschluss des Gemeinderats zulässig.

Stadtrat Frühwirt

schlägt vor, die Sitzung fortzusetzen und in der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung darüber zu beraten.

Stadtrat Appel

schließt sich dem Vorschlag an.

Oberbürgermeister Ernst

gratuliert Stadtrat Stern zum Geburtstag.

2. Protokolle
 Protokollbeurkundung
 Benennung von Urkundspersonen

Oberbürgermeister Ernst
 ruft das Protokoll Nr. 7 vom 26.07.2007 auf. Urkundspersonen sind die Stadträte
 Mühlböck und Schleicher.

Stadträtin Felden
 weist darauf hin, dass bei TOP 12 auf S. 14 die Punkte 2, 6 und 7 nur zur Kenntnis
 genommen wurden.

Als Urkundspersonen der heutigen Sitzung werden die Stadträte Gruler und
 Kalischko benannt.

3. Gemeinderat 68/2007
 Bekanntgabe von Entscheidungen aus nichtöffentlicher Sitzung

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gemeinderat)

Die bekannt gegebenen Beschlüsse der 7. nichtöffentlichen Sitzung vom 26.07.2007
 werden zur Kenntnis genommen.

4. Zuwendungen 69/2007
 Annahme von Zuwendungen nach § 78 Abs. IV GemO

*Oberbürgermeister Ernst erklärt sich bei Nr. 40 für befangen, verlässt den Sitzungsraum und nimmt an
 der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.*

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Zuwendungen)

1. Die als Anlage beigefügten Zuwendungen an die Stadt werden angenommen.
2. Die Kämmerei wird mit dem Ausstellen von Spendenquittungen beauftragt.

Auflistung Spenden bis einschl.100,00 Euro (GR 27.09.2007)

Spender	Geld/Sachspende	Verwendungszweck
Susanne Flory Hans-Thoma-Str.2, 69181 Leimen	61,75€	an Pestalozzi- Kindergarten für Tombola Sommerfest

AUFLISTUNG SPENDEN 2007 ÜBER 100,00 EURO VORLAGE GEMEINDERAT

Lfd. Nr.	Datum	Spender	Geldspende Euro	Sachspende Euro	Verwendungszweck
39	09.07.2007	Förderverein der Grundschule Gauangelloch		101,04	Spielgeräte für den Pausenhof GS-Gauangelloch
40	24.07.2007	Förderverein VSM; aus Geburtstagerlös 50 Geb. OB Ernst	2.500,00		Kinder- und Jugendarbeit Stadtbücherei
41	03.07.2007	Gemeinsame Spende: Olga Gerke Fanny-Lewald-Weg 4 69181 Leimen Gudrun Hufnagel Hauptstr.54 69251 Gaiberg		75,20 158,00	1 Staffelei für Malarbeiten in der Gruppe 2 im Nikolaus-Lenau-Kindergarten

6. Gremien

71/2007

Neubesetzung Beirat Gauangelloch

Einstimmig ergeht folgender

**Beschluss
(Kennwort: Gremien)**

Dem Nachrücken der Herren Hans Grossmann und Dominic Gradt in den Beirat Gauangelloch wird zugestimmt.

7. Feuerwehr

72/2007

Beschaffung eines Fahrzeugs für FFW St. Ilgen

Oberbürgermeister Ernst erläutert den Sachverhalt. Man habe einen mittlerweile bewilligten Zuwendungsantrag gestellt und müsse darum nun innerhalb von neun Monaten bestellen, wobei die Ausschreibung europaweit erfolgen müsse.

Stadtrat Wagner

spricht sich grundsätzlich für eine Neubeschaffung aus, verweist aber auf seinen im Verwaltungsausschuss gestellten Antrag, dass der Gemeinderat über die Vergabe entscheiden solle und stellt diesen erneut.

Stadtrat Rückemann nimmt ab 19.10 Uhr an der Sitzung teil.

Oberbürgermeister Ernst

erwidert, dass der Gemeinderat im Rahmen der einzuhaltenden Fristen diskutieren könne, allerdings gehe die Entscheidungsmöglichkeit gegen Null, denn der annehmbarste Bieter müsse genommen werden, die Regeln seien sehr streng.

Stadtrat Mühlböck

erklärt ebenfalls die grundsätzliche Zustimmung seiner Fraktion, regt jedoch an, bei einer europaweiten Ausschreibung auf die notwendigen Wartungsarbeiten zu achten.

Oberbürgermeister Ernst

entgegnet, dass dieser Aspekt sicher eine Rolle spielen werde.

Stadtrat Krauth

verweist auf die Hauptsatzung und die darin festgelegten Wertgrenzen. Seiner Ansicht nach könne dies nicht delegiert werden.

Oberbürgermeister Ernst

verweist auf den § 44 der GemO, wonach ein einfacher Gemeinderatsbeschluss ausreichend sei.

Stadträtin Felden

stimmt darin dem Oberbürgermeister zu, zudem fehle ein Ermessensspielraum. In der Ausschreibung solle allerdings die angesprochene Wartungsfrage aufgenommen werden.

Stadtrat Frühwirt

verweist darauf, dass man das Fahrzeugkonzept bereits beschlossen habe, daher könne man jetzt nicht dagegen sein. Man stimme daher sowohl dem Kauf als auch dem Antrag Stadtrat Wagners zu.

Stadtrat Dr. Sandner

schlägt hier ein grundsätzliches Vorgehen zu, notfalls solle die Hauptsatzung entsprechend geändert werden.

Stadtrat Sterzenbach

stimmt ebenfalls zu und stellt den Antrag auf Schluss der Debatte.

Mit 1 Nein-Stimme (Stadträtin Felden) und 2 Enthaltungen (Oberbürgermeister Ernst und Stadtrat Kalischko) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Feuerwehr)

Der Antrag Stadtrat Wagners, der Gemeinderat solle über die Vergabe entscheiden, wird angenommen.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Feuerwehr)

1. In Umsetzung des GR-Beschlusses vom 25.01.2007 wird die Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges (LF 20/16) für die Feuerwehr Leimen, Abteilung St. Ilgen zustimmend bestätigt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung vorzunehmen.
3. Die Gesamtmaßnahme soll den Betrag in Höhe von 350.000,-- € nicht übersteigen.

4. Der Gemeinderat übernimmt die Auftragsvergabe.

8. Feuerwehr 73/2007
Verleihung einer Ehrenmitgliedschaft

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Feuerwehr)

Der Ehrenmitgliedschaft von Herrn Walter Dörner bei der Freiwilligen Feuerwehr Leimen wird zugestimmt.

9. Geschwindigkeitsmessungen 74/2007
Ausschreibung

Stadtoberverwaltungsrat Stamm
erläutert die Vorlage.

Stadtrat Bader

erklärt, dass seine Fraktion nur 500 Messstunden befürworte, da sonst erhöhte Personalkosten entstünden. Es sei besser, das dafür benötigte Personal für eine Kontrolle der Kinderspielplätze einzusetzen. Seine Fraktion bevorzuge elektronische Geschwindigkeitsanzeigen, z. B. in statt vor dem Rathaus in Gauangelloch am südlichen Ortsausgang. Nach seiner Beobachtung hielten sich rund 70% aller Autofahrer an die aufblinkende Anzeige.

Stadtrat Dr. Sandner

plädiert für 600 Messstunden, hierfür reiche das vorhandene Personal auch aus. Elektronische Geschwindigkeitsanzeigen seien pädagogisch wenig sinnvoll, da viele diese „nur zur Kenntnis nehmen“, ohne ihr Verhalten tatsächlich zu ändern.

Stadtrat Woesch

ist dagegen nur für 500 Stunden, nicht zuletzt wegen des benötigten Personals. Bei den elektronischen Anzeigetafeln plädiert er für eine mobile Verwendung.

Stadträtin Felden

hält 500 Stunden ebenfalls für ausreichend, bei erhöhtem Bedarf könne kurzfristig nachbestellt werden. So erhalte man sich eine gewisse Flexibilität. Das Personal solle besser bei den Brennpunkten eingesetzt werden.

Oberbürgermeister Ernst

weist darauf hin, dass Geschwindigkeitsmessungen auch von Seiten der Bürgerinnen und Bürger verlangt würden. Leider würde an vielen Stellen zu schnell gefahren, ein erzieherischer Effekt sei erfahrungsgemäß leider nur über Bußgelder zu erreichen.

Stadtrat Frühwirt

wollte die Stunden sogar über den genannten Bereich hinaus aufstocken. Selbst wenn sich 70% aller Autofahrer an die Regeln hielten, seien 30% Übertretungen immer noch zuviel. Eine elektronische Anzeige sei nur eine Warnung, ein Blitz

dagegen der Vollzug. In allen Stadtteilen seien daher stationäre Anlagen sinnvoll, besonders jedoch an Brennpunkten, wie beispielsweise Schulen. Die Frage sei, ob man die Überwachung verstärken wolle oder nicht. 600 Stunden bedeuteten eine tägliche Überwachung von noch nicht einmal 2 Stunden und seien daher ein guter Kompromiss, der der Sicherheit schwächerer Verkehrsteilnehmer diene. Der Raserei müsse Einhalt geboten werden.

Stadtrat Wagner

beantragt auch hier, den Gemeinderat über die Vergabe entscheiden zu lassen.

Mit 1 Nein-Stimme (Stadträtin Felden) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Geschwindigkeitsmessungen)

Der Antrag Stadtrat Wagners, der Gemeinderat solle über die Vergabe entscheiden, wird angenommen.

Mit 10 Ja-Stimmen (Stadträte Dr. Sandner, Wagner, Balzer, Krauth, Rajki, Unverfehrt, Frühwirt, Reinig, Jäkel und Hörnberg) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Geschwindigkeitsmessungen)

Die Ausschreibung für eine Zeitdauer von 600 Stunden wird abgelehnt.

Mit 1 Nein-Stimme (Stadtrat Wagner) und 4 Enthaltungen (Stadträte Stern, Reinig, Balzer und Dr. Sandner) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Geschwindigkeitsmessungen)

1. Die Ausschreibung erfolgt für 500 Messstunden.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Geschwindigkeitsmessungen bundesweit auszuschreiben
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, nach Auswertung der Angebote den Zuschlag an den annehmbarsten Bieter zu erteilen.
4. Der Gemeinderat ist über die Vergabe zu informieren.

10. Wahl des Oberbürgermeisters
Festlegung des Wahltermins

75/2007

Oberbürgermeister Ernst verlässt bei diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungsraum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Wahl des Oberbürgermeisters)

Die Wahl des Oberbürgermeisters findet am 06. April 2008 statt. Eine eventuell notwendige Neuwahl wird am 27. April 2008 durchgeführt.

11. Baumaßnahmen
Erweiterung der Friedhofskapelle St. Ilgen

76/2007

Erster Bürgermeister Sauerzapf

schildert die Alternativen. Eine davon wäre nur die Sanierung mit dem Einbau einer Behindertentoilette, der Verwaltungsausschuss habe allerdings empfohlen, eine Erweiterung vorzunehmen, die Mittel dafür seien vorgesehen.

Stadtrat Wagner

spricht sich für die vorgeschlagene Erweiterung aus, sie stelle eine sinnvolle Maßnahme dar.

Stadtrat Kraft

freut sich über die geplante Erweiterung und regt an, zwischen der Aussegnungshalle und dem Chorraum eine Verbindung herzustellen, um die Kapazität der Kapelle dadurch zu erhöhen.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass man prüfen werde, ob dies möglich sei und es dann umsetzen.

Stadtrat Frühwirt

ist der Auffassung, dass eine Erweiterung zwar durchaus wünschenswert, aber grundsätzlich nicht notwendig sei. Es gebe wichtigere Dinge, die dringender umgesetzt werden müssten. Man solle daher nur das Dach sanieren und eine behindertengerechte Toilettenanlage einbauen, dadurch wären erhebliche Einsparungen möglich.

Stadträtin Felden

gibt zu bedenken, dass die Bevölkerung in St. Ilgen stark gestiegen sei, eine Erweiterung der Kapelle sei daher durchaus sinnvoll.

Mit 2 Nein-Stimmen (Stadträte Frühwirt und Jäkel) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Baumaßnahmen)

Der Erweiterung der Friedhofskapelle St. Ilgen wird zugestimmt, die entsprechenden Mittel werden in der Haushalt 2008 eingestellt. Eine Öffnung zur Vergrößerung des Vorraums ist zu prüfen.

12. Bebauungspläne Leimen - Lingental

77/2007

Kastanienbuckel, 3. Änderung

- Ergebnis der Offenlage
- Satzungsbeschluss

Stadträtin Balzer

spricht sich gegen eine Verkleinerung der Grundstücksgrößen aus. Gerade diese Größe hätte bei den Grundstücken die Möglichkeiten geboten, große Gärten anzulegen und daher besonders attraktiv zu sein.

Mit 1 Nein-Stimme (Stadträtin Balzer) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Bebauungspläne Leimen - Lingental)

1. Vom Ergebnis der Offenlage nach § 3 (2) BauGB wird Kenntnis genommen.
2. Der Bebauungsplan „Kastanienbuckel, 3. Änderung“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

13. Bebauungspläne Leimen – St. Ilgen

78/2007

Fasanerie I, Änderung und Erweiterung

- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
- Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
- Auslegungsbeschluss

Oberbürgermeister Ernst

fragt, ob ein Gemeinderat befangen sei. Nachdem keine Wortmeldung erfolgt, gibt er bekannt, dass eine interne Prüfung die Befangenheit von Stadträtin Hörnberg ergeben habe. Sie habe als Bürgerin Einwendungen vorgebracht und daher ein individuelles Sonderinteresse, da sie als Gemeinderätin über ihre eigenen Einwendungen nicht entscheiden könne. Der Gemeinderat müsse daher über den Sachverhalt beraten und nötigenfalls die Befangenheit feststellen.

Stadträtin Hörnberg

erklärt sich auf direkte Nachfrage für nicht befangen.

Stadträtin Hörnberg nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Stadtrat Krauth

kann keine Befangenheit erkennen, da Stadträtin Hörnberg nur zu öffentlichen Belangen Einwendungen erhoben habe.

Stadtrat Jäkel

ist ebenfalls der Auffassung, dass kein individuelles Interesse vorliege.

Oberbürgermeister Ernst

verweist auf die von Frau Hörnberg vorgebrachten Einwendungen. Es widerspreche jeder Logik und allen demokratischen Regeln, dass ein Gemeinderat über seine eigenen, als Bürger vorgebrachten Einwendungen abstimme.

Stadtrat Rückemann

verweist darauf, dass die Funktion des Gemeinderats ein Ehrenamt sei. Wenn für zu treffende Entscheidung zuvor erst ein Rechtsbeistand befragt werden müsse, konterkariere dies das Ehrenamt.

Stadtrat Woesch

gibt Stadtrat Rückemann zwar grundsätzlich recht, zitiert jedoch aus der Verwaltungsvorschrift der Gemeindeordnung, wonach bereits die Möglichkeit eines Sonderinteresses zur Befangenheit des Betroffenen führe. Diese Bestimmung sei seiner Ansicht zumindest bei den Punkten 3 und 4 bei Stadträtin Hörnberg eindeutig gegeben.

Stadtrat Wagner

ist der Meinung, dass der Fall eine Grauzone zwischen dem Eigeninteresse und dem Interesse als Gemeinderat darstelle. Er selbst sehe den Schwerpunkt aber mehr bei dem Gemeinderatsmandat und daher sei Frau Hörnberg in seiner Ansicht nach nicht befangen.

Stadtrat Jundt

weist darauf hin, dass in früheren Jahren Architekten mit Sitz im Gemeinderat sowohl bei der Aufstellung von Bebauungsplänen als auch der anschließenden Vergabe von Baumaßnahmen mitgearbeitet hätten, ohne dass sich jemand darum gekümmert habe.

Stadtrat Frühwirt

kann ein individuelles Sonderinteresse ebenfalls nicht erkennen.

Oberbürgermeister Ernst

verweist darauf, dass der ordnungsgemäße Ablauf einer Sitzung in seiner Verantwortung als Vorsitzender liege. Daher sei er verpflichtet, darauf zu achten, dass keine offensichtlichen Formfehler aufträten.

Stadträtin Felden

ist der Ansicht, dass eine Befangenheit eventuell bei Punkt 1 gegeben sei, bei den anderen Punkten dagegen nicht.

erster Bürgermeister Sauerzapf

macht deutlich, dass es keine „Teilbefangenheit“ gebe. Wenn ein befangener Gemeinderat bei der Beschlussfassung mitwirke, sei dieser Beschluss hinfällig.

Stadtrat Dr. Sandner

stellt den Antrag auf Schluss der Debatte und bittet um Abstimmung.

Mit 1 Ja-Stimme (Oberbürgermeister Ernst), 11 Nein-Stimmen (Stadträte Wagner, Jundt, Balzer, Krauth, Unverfehrt, Rajki, Frühwirt, Jäkel, Reinig, Janscho und Rückemann) und 19 Enthaltungen ergeht folgender

Beschluss (Kennwort: Befangenheit)

Die Befangenheit von Stadträtin Hörnberg bei diesem Tagesordnungspunkt wird verneint.

Oberbürgermeister Ernst widerspricht daraufhin diesem Beschluss, da er seiner Ansicht nach rechtswidrig ist. Der Tagesordnungspunkt wird erneut in einer Sondersitzung des Gemeinderats am 11.10.2007 behandelt.

Stadträtin Hörnberg nimmt ab 20.35 Uhr wieder ihren Platz ein.

14. Ortsrecht - Antrag einer Fraktion
Abschaffung der Unechten Teilortswahl

79/2007

Oberbürgermeister Ernst schildert den Sachverhalt und bittet Stadträtin Felden, ihren Antrag zu erläutern.

Stadträtin Felden

sieht in den unübersichtlichen und komplizierten Regelungen der unechten Teilortswahl einen Grund für die wachsende Politikverdrossenheit der Bevölkerung. Die Zahlen in der Vorlage belegten eindeutig, dass die Vorschriften zur unechten Teilortswahl den meisten Bürgern unverständlich seien. Zudem sei die unechte Teilortswahl gerade gegenüber dem kleineren Stadtteil Gauangelloch, zu dessen Schutz sie eigentlich gedacht sei, unfair, da der Ort ohne sie sogar besser im Gemeinderat vertreten wäre. Wollte man Ernst mit dem so oft geforderten Bürokratieabbau machen, so müsse man mit gutem Beispiel vorangehen und überflüssige Regelungen streichen. Was die Anzahl der Gemeinderäte angehe, habe schon früher Anträge gestellt, diese auf 26 zu reduzieren, ihre Fraktion sei aber auch mit 32 oder einer anderen Zahl einverstanden.

Stadtrat Jäkel

ist für die Beibehaltung der unechten Teilortswahl, da Gauangelloch in seinen Augen sonst schlechter abschneide.

Stadtrat Woesch

spricht sich ebenfalls dafür aus, die unechte Teilortswahl abzuschaffen, als Kompromiss könne man sich auf 29 Gemeinderatssitze einigen.

Stadtrat Dr. Sandner

spricht sich für eine Abschaffung der unechten Teilortswahl und eine Reduzierung des Gemeinderats auf 26 Mitglieder aus. Es hänge von den Parteien ab, ob diese ausreichend Mitglieder aus Gauangelloch auf ihre Listen setzten, um den Ortsteil angemessen zu vertreten. Mit 29 Mitgliedern könne seine Fraktion leben, er appelliert aber an alle, nicht einfach alles beim alten zu belassen.

Stadtrat Appel

beantragt, über Variante 1, Mitgliederzahl 32 anzustimmen.

Oberbürgermeister Ernst

verweist darauf, dass der von der FDP gestellte Antrag, den § 13 der Hauptsatzung vollständig abzuschaffen, der weitergehende und damit zuerst zu behandelnde Antrag sei.

Stadtrat Frühwirt

spricht sich ebenfalls für eine Abschaffung aus, die vorgebrachten Bedenken gegen eine Benachteiligung Gauangelochs teilt er nicht. Seine Fraktion plädiere für 26 Sitze, könne aber auch mit 29 als Kompromiss leben.

Stadtart Woesch

beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Stadtrat Krauth

überlegt, die Frage in einem Bürgerentscheid klären zu lassen.

Die Sitzung wird von 21.05 Uhr bis 21.10 Uhr unterbrochen.

Mit 11 Ja-Stimmen (Stadträte Dr. Sandner, Wagner, Balzer, Jundt, Krauth, Rajki, Unverfehrt, Felden, Kalischko, Reinig und Frühwirt) und 2 Enthaltungen (Oberbürgermeister Ernst und Stadtrat Woesch) ergeht folgender

Beschluss

(Kennwort: Ortsrecht – Antrag einer Fraktion)

Der Antrag der FDP - Fraktion auf Abschaffung der unechten Teilortswahl und die Reduzierung der Zahl der Gemeinderäte in der nächsten Legislaturperiode auf 26 wird abgelehnt.

Mit 12 Ja-Stimmen (Stadträte Dr. Sandner, Wagner, Balzer, Jundt, Krauth, Rajki, Unverfehrt, Felden, Kalischko, Reinig, Frühwirt und Woesch) und 1 Enthaltung (Oberbürgermeister Ernst) ergeht folgender

Beschluss

(Kennwort: Ortsrecht – Antrag einer Fraktion)

Der Antrag von Stadtrat Woesch, die unechte Teilortswahl abzuschaffen und bis zur Gemeinderatswahl 2014 die Zahl der Gemeinderatssitze auf 29 festzusetzen, wird abgelehnt.

Mit 21 Ja-Stimmen (Stadträte Dr. Anselmann, Appel, Appel-Schlund, Bader, Gruler, Hellinger, Janscho, Kohr, Kraft, Dr. Lohneis, Miltner, Mühlböck, Rückemann, Stern, Schleicher, Sterzenbach, Woesch, Felden, Kalischko, Jundt und Dr. Sandner), 1 Nein-Stimme (Stadtrat Jäkel) und 8 Enthaltungen (Oberbürgermeister Ernst, Stadträte Wagner, Balzer, Unverfehrt, Rajki, Frühwirt, Hörnberg und Reinig) ergeht folgender

Beschluss

(Kennwort: Ortsrecht – Antrag einer Fraktion)

1. Die unechte Teilortswahl wird abgeschafft. Bis zur Gemeinderatswahl 2014 wird die Zahl der Gemeinderatssitze auf 32 festgelegt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung vorzunehmen.

15. Haushalt
Haushaltsentwurf 2008

80/2007

Erster Bürgermeister Sauerzapf
erläutert den vorgelegten Entwurf und gibt wichtige Eckdaten direkt bekannt.

Es ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Haushalt)

Der Planungsstand des Haushaltsplans 2008 wird zur Kenntnis genommen.

5. Gemeinderat
Ausscheiden von Stadtrat Hans-Jürgen Kohr

70/2007

Oberbürgermeister Ernst
erklärt, dass Stadtrat Hans-Jürgen Kohr ab dem 01.10.2007 in einem Beschäftigungsverhältnis mit der Stadt stehe, dies sei nach § 29 der Gemeindeordnung ein Hinderungsgrund, über den der Gemeinderat zu befinden habe. Der Nachrücker sei Herr Johann Hack. Dieser sei zwar bei der Stadt beschäftigt, es handle sich jedoch nur um eine geringfügige Tätigkeit die keinen Hinderungsgrund erzeuge.

Stadtrat Krauth
beantragt eine getrennte Abstimmung.

Einstimmig ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gemeinderat)

1. Das Vorliegen eines Hinderungsgrundes nach § 29 Abs. 1 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) im Falle des Stadtrats Hans-Jürgen Kohr wird festgestellt.
2. Dem Ausscheiden von Hans-Jürgen Kohr aus dem Gemeinderat wird daher zugestimmt.

Mit 3 Nein-Stimmen (Stadträte Balzer, Krauth und Reinig) und 5 Enthaltungen (Stadträte Hörnberg, Jäkel, Frühwirt, Dr. Sandner und Wagner) ergeht folgender

Beschluss
(Kennwort: Gemeinderat)

Hinderungsgründe gegen das Nachrücken von Herrn Johann Hack liegen nicht vor.

Oberbürgermeister Ernst
würdigt die Arbeit von Stadtrat Kohr und dankt ihm für die gute Zusammenarbeit.

Stadtrat Appel
dankt dem Fraktionskollegen ebenfalls für die gute Zusammenarbeit und wünscht ihm auch weiterhin alles Gute.

16. Verschiedenes

Stadträtin Gruler

möchte wissen, wann die Kegelbahn im Bäderpark wieder den Hobby- und Freizeitkeglern zur Verfügung steht.

Oberbürgermeister Ernst

bedauert, dass sich laut s.a.b. die Fertigstellung der Bahn aufgrund von Bauschäden leider verzögern wird.

Stadtrat Hellinger

bittet um stärkere Überwachung des Brennpunktes „Höllengasse“. Hier sei es nun auch zu Beschädigungen am evangelischen Gemeindehaus gekommen, nachdem der Elisabeth-Ding-Kindergarten schon länger durch über die Mauer geworfene Flaschen und Scherben betroffen sei. Zumindest nachts solle der Pfarrer-Mechtersheimer-Weg daher geschlossen werden, notfalls solle man ihn der Kirche überlassen.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass man diesen Vorschlag prüfen werde. Die dortige räumliche Situation sei sehr unglücklich, da der Platz von außen kaum einsehbar sei.

Stadtrat Stern

teilt mit, dass die Stufen am Beintweg zum Sanserweg zugewachsen seien. Da es sich um einen Schulweg handele, solle man hier schnellstmöglich Abhilfe schaffen.

Oberbürgermeister Ernst

antwortet, dass man die zuständigen Anwohner an ihre Pflichten erinnern werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Oberbürgermeister Ernst um 21.50 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ullrich
Protokollführer

Ernst
Oberbürgermeister

Stadträtin Gruler

Stadtrat Kalischko